

Frankfurter Oberpostamts = Zeitung.

Samstag

(Extra-Beilage zu No. 48.)

24. Februar 1849.

Inhalt.

Deutschland. Frankfurt (Conférence der Regierungsbevollmächtigten mit dem Reichsministerpräsidenten. Vertikung). Wien (Der Einmarsch der Russen in Siebenbürgen soll sich nicht bestätigen. Die Hofämter. Vom Kriegsschauplatz. Halbofficielle Berichte aus Ungarn und der Lombardie). Berlin (Rundschreiben aus dem Cultusministerium. Die sterbliche Reste des Prinzen Waldemar. Oberpräsident v. Auerswald. v. Pechlin). Posen (v. Mikrosławski). Königsberg (Demokratisches Banket). Koblenz (Für die deutsche Marine). Hannover (Aus der zweiten Kammer. Neugestaltung des Staatraths). Danabrück (Auszug aus einem Schreiben Stüve's). Stuttgart (Aus der zweiten Kammer). Hamburg (Die Verfassungsangelegenheit). **Frankreich.** Paris (Nationalversammlung. Ausrufen in den Departementen. Veränderungen in der Diplomatie). **Großbritannien.** London (Ankunft Colloreto's. Parlament). **Nachricht.** **Vorberichte.**

Deutschland.

* **Frankfurt, 24. Febr.** Heute, am Jahrestage der französischen Revolution, fand im Konferenzsaale des Reichsministeriums eine Verhandlung mit den Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt statt, um die Bemerkungen der Regierungen zu dem Verfassungsentwurf, wie er nach der ersten Lesung vorliegt, entgegenzunehmen. Um die Abfassung des Protocolls zu beschleunigen, waren Stenographen beigezogen, und dasselbe wird ohne Zweifel in kürzester Frist zur Kenntniß der Nation gelangen. Ministerpräsident Gager n eröffnete die Verhandlung mit der Anzeige der Erklärungen, welche nach der Einladung in dem Circularschreiben vom 28. Januar eingelaufen waren, und die er, nebst den heute etwa weiter erfolgenden Mittheilungen an die Nationalversammlung werde gelangen lassen. Der Zeitfolge nach waren Erklärungen eingekommen von Lippe, Frankfurt, Schleswig-Holstein, Sachsen-Weimar, Limburg, Baden, den drei Anhalt, Königreich Sachsen, sodann eine Collectivklärung, unterzeichnet von den Bevollmächtigten von Preußen, Kurhessen, Baden, Großherzogthum Hessen, Schleswig-Holstein, beiden Mecklenburg, Sachsen-Meiningen, Oldenburg, Coburg-Gotha, Altenburg, beiden Hohenzollern, Neuch, Hessen-Nomberg, Waldeck, Lippe, Schaumburg-Lippe, den drei Anhalt, Braunschweig, Luxemburg, Nassau, Bremen, Hamburg und Lübeck. Frankfurt trat derselben ebenfalls bei. Die Versammlung war zahlreicher als gewöhnlich; weil für Bayern neben den ordentlichen Bevollmächtigten noch Graf von Lerchenfeld zugegen war, und einige kleinere Staaten, welche bisher einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten hatten, besondere Vertreter sendeten. Von Bayern, Hannover und Württemberg lagen theils officiell, theils vertrauliche Mittheilungen, aber keine Erklärungen vor, welche auf die Verfassungsbestimmungen selbst eingingen. Oesterreich hatte sich, außer der Note vom 4. Februar, jeder Aeußerung enthalten. Sämmtliche Mittheilungen wurden vorgelesen, mit Ausnahme jener, welche — wie die beiden preussischen Noten vom 23. Januar und 8. Februar, und die österreichische Note vom 4. Februar — durch die Zeitungen bekannt geworden, und der vertraulichen Zuschrift von Hannover. Selbst diejenigen, welche sich am entschiedensten für eine Form der Reichsregierung und für eine Beschränkung der Reichsbefugnisse aussprechen, welche den Beitritt Oesterreichs ermöglichen, geben doch nicht dem Gedanken Raum, daß sie dem Bundesstaate, der mit kräftigeren Einrichtungen aus den Beschlüssen der Reichsversammlung hervorgehen könnte, oder den Oesterreich nicht annehmen wollte, fern bleiben würden. Die Ausstellungen, welche an einzelnen Bestimmungen der Verfassung, theils zu Gunsten der Rechte der Einzelstaaten, theils in örtlichem Interesse gemacht werden, sind weder so wesentlich, noch so zahlreich, daß sich eine Verständigung nicht erwarten ließe. Nachdem die Vorlesung beendigt war, begann die Umfrage. Oesterreich äußert, daß es keine Erklärung abzugeben, die mitgetheilten Bemerkungen mit großem Interesse vernommen habe, das Protocoll seiner Regierung einsenden und diese sich ohne Zweifel zu einer Erklärung veranlaßt finden werde. Preußen kündigt einen Nachtrag zu den bereits übergebenen Bemerkungen an, die sich nur auf den Abschnitt „Reich und Reichsgewalt“ erstrecken. Dieser Anknüpfung treten die Staaten bei, welche gemeinschaftlich mit Preußen die Collectivklärung unterzeichnet haben. Bayern wird unverzüglich seine Erklärung ausarbeiten und einreichen. Hannover hat noch keine Instruction, was sich durch die eingetretene Ministerkrise erklärt, hofft sie aber nächstens zu erhalten. Die Ankündigung eines Nachtrags von Seiten Preußens und den meisten übrigen Staaten veranlaßt den Bevollmächtigten für Oesterreich zu dem Wunsche einer angemessenen Verzögerung der zweiten Lesung, welchem sich der Bevollmächtigte für Baden anschließt. Nassau entgegnet, daß die Einreichung der Erklärungen über einen Theil der Verfassung geschehen sei, um die Berathung zu fördern, nicht um sie zu verzögern. Der Rest werde wohl noch vor Beginn der zweiten Lesung nachfolgen. Mit der Anzeige, daß die Bervielfältigung des Protocolls und die Mittheilung an die Reichsversammlung möglichst beschleunigt, und geeigneten Falls die Einladung zu einer zweiten Konferenz erfolgen werde, schließt der Präsident des Reichsministeriums die Verhandlung, welche bald ausführlich zur öffentlichen Kenntniß gelangen wird.

Frankfurt, 23. Febr. In einem Artikel der Nummer 46 der „D. V. A. Z.“ sind als die mehr im österreichischen Sinne gestimmten Fractionen der Reichsversammlung bezeichnet „der Landsberg“, „Württembergischer Hof“, „Westendhall“ und „Pariser Hof“. Dies ist hinsichtlich der ersteren drei theils ungenau, theils vollkommen irrig. Ein wesentlicher Theil des Württemberg Hofes hat, nach Ausweis des „steno-graphischen Berichts“ eben so wie eine später ausgeschiedene Anzahl von Mitgliedern der Westendhall sowohl für das Gager'sche Programm als für die Erblichkeit des deutschen Oberhauptes sich erklärt, und daß sich die nämliche Richtung im Landsberg (in dessen Local unter Theilnahme der Mitglieder der Grund zu der größeren Vereinigung im Weidenbusch gelegt ward) fast einhellig und mit Entschiedenheit vertreten findet, darf eine hier notorische Thatsache genannt werden. Im Augenblick des Kampfes thut es vor Allem noth, den Freund und Gegner zu unterscheiden, und wir haben uns daher um so mehr, im Interesse der Wahrheit, zur Aufklärung jenes Irrthums, auch dem entferntern Publikum gegenüber, für verpflichtet erachtet, als wir im Uebrigen die im Aufsatze niedergelegten Ansichten vollkommen theilen.

[.] **Wien, 19. Febr.** Bis zur Stunde hat sich das Einrücken der Russen in Siebenbürgen noch nicht bestätigt (?), auch ist dasselbe um so weniger wahrscheinlich, als die kaiserlichen Truppen sich immer mehr gegen die Hauptplätze dieses Landes in Bewegung setzen. Der Feind, der in Siebenbürgen haust, ist jedoch ein zweifacher: Dem, mit seinen starken Schaaren und den aufreißerischen Szefflern, dann aber ein großer Theil von Mobilien der walachischen Nation, der zwar scheinbar für die Kaiserlichen kämpft, sobald es aber Plünderung gilt, das Eigenthum von Freund und Feind in ganz gleicher Weise verheert. Diese letztern Freischaren sind der Gräuel des Landes, und ihrer Grausamkeit dankt Vem einen großen Theil seiner Erfolge, indem die unglücklichen Bewohner der Städte und Märkte es aus Verzweiflung vorgezogen, dem polnischen General ihre Thore zu öffnen, als den walachischen Horden in die Hände zu fallen. Es verdient hier beispielsweise Erwähnung, daß diese Freischärler den reichen Familienschatz der Grafen Bethlen, meist in geprägtem Golde bestehend, rein ausplünderten. Ein Baron Miske soll gekrenzt und hierauf in Stücke geschnitten, ein Graf Mikos aber in seiner Weinpresse zu drei zermalmt worden sein. Ungarn kann bis Otern pacificirt sein, Siebenbürgen kaum in diesem Jahre, worauf das ruinierte Land ein Decennium brauchen wird, sich zu erholen.

Die Nachrichten über den definitiven Abschluß des neuen Anlebens bestätigen sich noch nicht; vielleicht wird man dasselbe ganz entbehren, und sich mit den Centralkassen scheinbar behelfen, welche, gleich den vormaligen Anticipationscheinen, äußerst beliebt sind und den stärksten Absatz finden. — Auch die Gerüchte von Aufhebung der Hofämter und Städte, dann der k. k. Garden ermangeln bisher der Begründung; die Frage über das Budget für beide Majestäten ist noch immer nicht verhandelt worden; in so lange dies nicht der Fall, wird um so weniger eine Umänderung in der Form des Hofstaates erfolgen, als die Garden aus eigenen Landesfonds großentheils dotirt sind, die Hofdienste aber wenig kostspielig und andererseits schwer entbehrlich erscheinen. — Die gefangenen Honveds werden in die Armee eingereiht. Die neuen Bataillone werden nach Italien, namentlich zum Lagunendienst, befördert. Man sieht hier mit Spannung der Zukunft Italiens entgegen. Oesterreich wird, wenn dies nur immer möglich, weder in Toscana, noch im Kirchenstaat interveniren, dergleichen proprio motu keinen Angriff auf Sardinien machen.

Die „Wiener Zeitung“ enthält nachstehende halbofficielle Nachrichten: „Nach den neuesten Nachrichten aus Pest vom 18. soll den Einwohnern von Szegedin eine Contribution von einer halben Mill. Gulden auferlegt worden sein. Bekanntlich sind die Szegediner bis jetzt die eifrigsten Anhänger Rossuths gewesen. Sie hatten keine Armee mit Allem versorgt. Seit der Proclamation des Fürsten Windischgräß in Betreff der Unterfügung, welche die Juden dem Rossuth leisten, ist es bereits gelungen, eine ganze Caravane von 60 Wägen mit Equipirung und Militäreffecten, welche die Juden nach Debreczin abliefern wollten, aufzuheben. Der Lieferant, ein Jude, ist in das Hauptquartier des Marschalls gebracht worden. Ein panischer Schrecken herrscht seit dem unter den Juden. Aus Debreczin sind Berichte durch Flüchtlinge bis 10.—12. in Pest eingegangen. Meszaros führt fortwährend das Kriegsministerium und Rossuth ist fanatischer als je.“

„Aus Siebenbürgen fehlen alle Nachrichten, die Communication ist ganz abgeschnitten, und es beschränkt sich Alles auf Gerüchte.“

„Nach Berichten aus Mailand vom 15. scheinen die neuesten Nachrichten aus Frankreich die Gemüther der Nobili und Signori und ihres Anhanges bedeutend abzukühlen. Es ist jetzt klar, sie hatten mit der Regentenschaft Louis Napoleons eine Aenderung der französischen Politik erwartet, und sie sehen sich bitter getäuscht. Der Marschall Bugeaud, den sie mit Sehnsucht erwartet hatten, ist statt vorwärts eher rückwärts gegen Paris gezogen, und seine neuesten Reden, die den Junder zu einer Verbrüderung aller Armeen zur Aufrechthaltung der erhaltenden Principien unter allen Regierungsformen hinwerfen, haben sicherlich ihren Eindruck auf die Verschwörer nicht verfehlt. Einzelne Erscheinungen deuten indessen darauf hin, daß der

Volkshatz gegen die Deutschen dennoch erhalten wird. Fliegende Colonnen durchziehen indessen das Königreich nach allen Seiten. Major Jablonsky hat, wie man eben aus Padua vom 17. meldet, in Astego ein Waffendepot und zwei Kanonen entdeckt und sogleich das Standrecht an dem Verheimlicher ausüben lassen. Feldmarschalllieutenant Hainau hat das Gebäude der Municipalität in Padua in eine Kaserne umgeschaffen, da der Podesta die Kaserne im schlechtesten Zustande erhalten hatte. Major Jablonsky hat auf seinem Zug den Bischof von Ceneda, der die Feier der Thronbesteigung des jetzigen Kaisers noch nicht durch ein Te Deum vollzogen hatte, veranlaßt, dieses sogleich anzuordnen. Es geschah, und die Kirche war voll von der Menge. In allen anderen Städten herrschte übrigens vergangene Woche vollkommene Ruhe.“

* **Berlin, 22. Febr.** Der „Preussische Staatsanzeiger“ veröffentlicht heute ein Circularschreiben vom 13. Februar, durch welches das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten Abtheilung für die innern evangelischen Kirchenangelegenheiten bekannt gibt, daß es an diesem Tage gemäß dem königl. Erlaß vom 26. Jan. bis dahin, wo die evangelische Kirche sich über ihre Verfassung vereinigt haben werde, die Leitung der innern Verwaltung übernehmen, und zugleich diejenigen Maßregeln berathen und beantragen werde, deren es bedürfe, um den Artikel 12 der Verfassungsurkunde in Vollzug zu setzen. In dem Circularschreiben heißt es unter andern:

„Die evangelische Kirche ist durch die eingetretene Veränderung der Staatsverfassung auf das tiefste berührt worden. Ihre geschichtliche Verbindung mit dem Staate ist aufgelöst, und durch eine gebieterische Nothwendigkeit sieht sie sich aufgefordert, die schwersten, ihre Zukunft in sich schließenden Fragen, deren Lösung sie vor Kurzem noch einer allmählichen Entwicklung überlassen zu können glaubte, mitten in dem Kampfe der Gegensätze zur Entscheidung zu bringen. Wie groß indessen auch die von allen Seiten andringenden Schwierigkeiten sind, werden sie doch überwunden werden, wenn Alle, die ein Herz für die Kirche haben, dazu im Aufsehen zu dem Herrn der Gemeinde die treuen Hände bieten. Dies wird von unserer Seite geschehen. Wir werden so lange, als unser Auftrag dauert, die Rechte und Interessen der Kirche auch nach unserem Theil zu vertreten bemüht sein, so weit es in unserer Kraft steht. Wir werden, eingedenk unseres Berufes, nicht zu herrschen, sondern zu dienen, die uns anvertrauten Besitzthümer der Kirche bewahren, damit wir über sie als redliche Verwalter dereinst volle Rechenschaft geben können. Wir werden endlich mit aller Sorgfalt, welche unsere Verpflichtung uns auferlegt, unter Mitwirkung der gesetzlichen Organe, über den Weg berathen, auf welchem die Kirche durch ihre eigene That in den Zustand der Selbstständigkeit eintreten kann. Des Erfolges aber werden diese unsere Bestrebungen nur dann gewiß sein, wenn die Behörden, Synoden, Geistlichen und Gemeinden in Erinnerung an den Ernst der Zeit, und im Hinblick auf die Zukunft der Kirche ihnen mit Vertrauen entgegenkommen und hilfreiche Hand leisten. Das hoffen wir sowohl im Allgemeinen als insbesondere von den Gliederungen der Kirche in den westlichen Provinzen.“

Die irdischen Ueberreste des in Münster verstorbenen Prinzen Waldemar werden, wie man hört, in der Domgruft ohne feierliches Gepränge beigelegt werden. Man hofft in dem Nachlaß des so früh Dahingegangenen interessante Manuscripte zu dessen wissenschaftlichem Werke über Indien, wovon bereits ein Theil vollendet ist, zu finden.

Der Oberpräsident der Provinz Preußen, Hr. v. Auerswald, mehreremal zum Mitglied der ersten Kammer gewählt, ist auf der Elennsjagd durch den Schuß eines Mitjägers mit Schrot heftig unter dem Auge verwundet. Uns wird indessen versichert, er sei außer Gefahr. Leider werden seine Freunde dieses ausgezeichnete Mitglied der constitutionellen Partei wenigstens im Anfang der Legislatur zu vermissen haben.

Der königl. dänische Kammerherr und Conferenzrath Frhr. v. Pechlin aus Kopenhagen ist aus Olmütz hier angekommen.

Posen, 20. Febr. Der „Gazeta polska“ wird aus Palermo geschrieben, daß Ludwig Mikrosławski, den die sicilianische Regierung erucht hatte, die Landarmee zu organisiren, vor zwei Monaten dort eingetroffen ist, und trotz der schwierigen Aufgabe, das Mögliche gethan hat.

Königsberg, 18. Febr. Die Demokraten werden den 24. Februar durch ein großes Banket feiern. Wegen Theilnahme der Lehrer an politischen Angelegenheiten sind wieder einige geschärft Rescripte eingegangen.

Koblenz, 18. Febr. Auf den benachbarten Eisengießereien der Saynerhütte herrscht gegenwärtig eine außergewöhnliche Thätigkeit, indem eine große Anzahl von Arbeitern mit Anfertigung mehrerer Sunderer von Geschützen für die deutsche Marine beschäftigt ist. Es sind meist 24- und 35-Pfünder, welche jetzt gegossen werden, wonach eine Anzahl, man sagt 400, Bombenkanonen schwersten Kalibers, meist 64-Pfünder, an die Reihe kommt. Da das Sayner Eisen sich ganz vorzüglich zu Kanonen und Wurfgeschossen eignet, so wird auch eine Anzahl derselben, welche für die preussischen Kanonenböte bestimmt sind, ebendasselbst verfertigt werden. Wenn es mit dem Bau der Kriegsschiffe so rasch von Statten geht, als zu Sayn mit Verfertigung des nöthigsten Armirungsgegenstandes für dieselben, so werden wir bald eine respectable Seemacht haben. (D. Ref.)

Hannover, 22. Febr. Elissen beantragt in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer mit den Geschäften fortzufahren, die vorliegenden Gesetzentwürfe und namentlich die auf der Tagesordnung stehenden Urantträge zu berathen. Den Ständen ziemt es nicht unthätig das Ende einer Ministerkrise abzuwarten, welche sie nicht verschuldet haben. Es folgt diesem Antrage eine Besprechung, deren

Resultat ist, daß die zweite Berathung des Gesegentwurfes über die Schwurgerichte fortgesetzt wird.

Die Gesegsammlung enthält eine königliche Verordnung über die Neugestaltung des Staatsraths. Präsident desselben (früher in außerordentlichen Fällen der König selbst, sonst der Prinz Solms) ist stets der Ministerpräsident oder in dessen Behinderung der nächstfolgende Minister. Der Staatsrath hat das Gutachten über wichtige Regierungsangelegenheiten, namentlich Gesetze und Verordnungen; über die Entlassung nicht richterlicher Staatsdiener, über Beschwerden wegen Expropriationen, die an den König gerichtet werden, und über Ertheilung von Moratorien. Er besteht aus den königlichen Prinzen, den Ministern, Präsidenten und Vicepräsidenten des Oberappellationsgerichts, dem Präsidenten des Schatzcollegiums, dem Director der Domänenkammer, den Landdrosten, den Justizkanzleidirectoren, dem Bischof zu Hildesheim, den Präsidenten beider Kammern, dem Generalsecretär der Ministerien, dem Chef des Generalstabs, dem Generaladjutanten, dem Generalauditeur und besonders vom König zu ernennenden Mitgliedern.

Osabrück, 21. Febr. Eine Extrabeilage zu Nr. 134 des „Osabr. Volksblatts“ bringt folgenden Auszug aus einem Briefe des Ministers Stüve an seinen Bruder vom 18. d. M. „Ich kann dir heute nur erwidern, daß meiner Ansicht nach das Ende unseres Ministeriums unwiderräglich feststeht, wenn gleich noch einige Tage, mögen es auch ein paar Wochen sein, hingehen werden, bis sich die Sachen wieder ordnen. Unter denen selbst in der ersten Kammer, die für die Commission stimmten, sind sehr wenige, die nicht dem Grundsatz, daß man sich Frankfurt unterwerfen müsse, ihren Beifall gezollt hatten. Das können wir nicht; es hieße: propter vitam vivendi perdere causas! Die Zeit der Halbheiten ist vorüber, muß es wenigstens sein, wenn unsere Zustände sich halten sollen, und wir können dem Lande, glaube ich, keinen bessern Dienst leisten, als indem wir ihm diese Wahrheit einleuchtend vor die Augen halten. Wollten wir jetzt uns, wie der beliebte Ausdruck ist, auf den Boden der Thatsachen stellen, so würde man dasselbe von uns glauben, wenn einmal die Thatsachen anders geworden sind. Auf den Boden der Thatsachen kann sich nur der Revolutionär und der Reactionär stellen; wir nicht. Unser Wunsch ist jetzt, ein Ministerium zu Stande zu bringen, das in unserem Sinne fortarbeitet und die Frankfurter Sache taliter qualiter ehrlich anerkennen zu können glaubt. Wir sind bereit, demselben zur Seite zu bleiben, es bei Durchführung unserer Pläne zu unterstützen und so das Land vor einer Erschütterung möglichst zu bewahren. Ob ein solcher Plan ausführbar ist, weiß ich noch nicht; es ist aber das Einzige, was uns noch zum Guten führen kann. Man muß in allen diesen Dingen mit völliger Ruhe und sicherer Entschlossenheit zu Werke gehen und das Weitere Gott anheim stellen. Für unsere Personen ist jedenfalls diese Wendung die erwünschteste; denn Jeder, der heutigen Tages halbwegs mit Ehre von den Staatsgeschäften wegfommt, ist glücklich zu preisen; und in unserem Lande nicht weniger als anderswo. Große, sehr große, ja hergohbe Schwierigkeiten liegen ja jedenfalls noch vor uns. Der König hat eine schriftlich motivirte Erklärung von uns verlangt, die wir ihm morgen geben, zugleich aber auch die Sachlage in der Kammer erklären werden. Inzwischen haben Sachsen und Bayern sich für Oesterreich erklärt, und Camp-Haufen soll erklärt haben, Preußen wolle die Kaiserkrone nicht in Folge davon, aber — natürlich — Modification der Verfassung. Nach Berliner Nachrichten hofft man sich mit Oesterreich zu einigen; Gott gebe es! Denn meiner Ansicht nach gibt's nur die Chancen: Entweder Frankfurt siegt — durch die rothe Republik. Das ist wohl nicht wahrscheinlich. Oder Oesterreich und Preußen einigen sich a) mit Frankfurt zur Unterdrückung der Kleineren: das ist auch kaum möglich; oder b) untereinander allein zu gleichen Zwecken, was ich nicht glaube und keine Dauer verspricht; oder c) mit Frankfurt zu erträglichen Dingen, das gebe Gott! Einigen sie sich nicht, so ist der Bürgerkrieg in der Nähe oder in der Ferne gegeben.“

Stuttgart, 22. Febr. Die Berathung führte heute in der zweiten Kammer auf den interessanten Commissionsbericht zu dem Antrage Schnitzers, betreffend die Veränderung der Geschäftsordnung der Kammer der Abgeordneten. Der Berichterstatter, Prälat Mehring, führte aus, daß die Geschäftsordnung zur Autonomie der Kammer gehöre, daß diese die Verpflichtung habe, die sich ihr darbietenden Verbesserungen in sorgfältiger Erwägung zu sehen, was keinem Zweifel unterliege, wenn man die Wichtigkeit der Geschäftsordnung für das Verfassungsleben überhaupt erkenne, und wenn wahr sei, daß die Aufgabe, wie die Geschäftsordnung der Kammern zu fassen sei, zu den wichtigsten des Verfassungsrechts der constitutionellen Monarchie gehöre, daß das Resultat der Verhandlungen in einem hohen Grade von ihren Formen abhängt, und daß es endlich von der größten Wichtigkeit sei, daß in einer Versammlung von so erhabenen und würdigem Berufe Ordnung, Zucht und Regelmäßigkeit durchgängig aufrecht erhalten werden. Der erste Antrag Schnitzers wird in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung: daß es nur in dem Falle gestattet sei, sogleich zu erwidern, wenn ein Mitglied persönlich angegriffen, wenn eine von einem Mitgliede vorgebrachte Thatsache bestritten, oder eine aufgestellte Behauptung mißverstanden wird, von der Kammer angenommen. Der zweite Antrag Schnitzers lautet, daß kein Mitglied in einer und derselben Debatte mehr als zweimal das Wort ergreifen könne. So sehr dieser Antrag der möglichsten Abkürzung der Debatte einen wesentlichen Dienst leistet, so könnte doch dabei der Hauptzweck der Debatte, den Gegenstand von allen Seiten in volles Licht zu stellen, gefährdet werden. Der Commissionsbericht vergleicht bei dieser Sache, die so sehr nur durch den Versuch festgestellt wird, die länger erprobten Geschäftsordnungen in einigen

andern Ländern. Das britische Parlament hat nicht bloß eine, sondern zweierlei Arten der Debatte, die freie und die strenge. Die letztere ist es, welche jedem Mitglied erlaubt, nur einmal zu reden, wenn auch diese Regel nur den Sinn hat, daß ein Redner, welcher das dritte Mal das Wort nimmt, sofort durch den Zuruf „Gesprochen!“ unterbrochen werden kann. Eine Ausnahme gilt jedenfalls für den Urheber der Motion. Die zweite freiere Form der Debatte ist die, wo das Haus in ein allgemeines Comité sich verwandelt, eine Art vertraulicher Besprechung, in welcher über jeden Artikel des Antrags jedes Mitglied des Hauses so oft sprechen kann als es will. Wenn es wahr ist, daß das britische Parlament 4—500 Gesetze in einer Session zu Stande bringt, während in dem gleichen Zeitraum das französische kaum 15—20 vollendet, so hätte das britische Parlament nicht bloß den Vorrang der Zelterparnais, sondern auch der Gründlichkeit, indem in ihm 3—4 Verhandlungen über jeden Antrag gepflogen werden. Die von den meisten deutschen constitutionellen Staaten zum Muster genommene Geschäftsordnung der zweiten französischen Kammer hat die Einrichtung der 9 Bureaux, in welchen jeder Antrag durchgesprochen wird, worauf von den 9 Berichterstattern ein Berichterstatter für die Kammer ernannt wird, in der Kammerverhandlung selbst aber Einer nicht mehr als zweimal das Wort nehmen darf, so lange nicht etwas Anderes beschlossen wird. Welche Ähnlichkeit in der Geschäftsordnung und doch welcher Unterschied in dem Resultate! Hierzu mag die Art und Weise mitwirken, wie die Debatte in Frankreich verläuft, daß nämlich die Mitglieder, welche für, gegen oder über den ministeriellen Antrag sprechen wollen, auf den Secretärstisch zusürzen, wo die Gewandtesten oder die Stärksten sich die ersten Stellen erringen, während Andere sich begnügen müssen, der 20., vielleicht 40. oder 50. an der Reihe zu werden. Die Hauptsache aber, wodurch für die britische Art, zu verhandeln, das Uebergewicht gesichert ist, besteht sicherlich darin, daß jeder Antrag als Sache der Partei behandelt wird, daß er in der Partei seine Patrone findet, daß die Partei die einzelnen Kämpfer bestimmt und ordnet, so daß nicht eine Unmasse von Rednern auftritt, welche nur abspannen statt zu beleben. Um diese erprobte strengere Methode der Debatte einzuführen, fehlen in der württembergischen Kammer die Comité's oder Sectionen, in welchen zum Zweck freierer Unterredung jede Partei gehörig vertreten ist, fehlt die Bestimmung, daß jeder seinen Sitz frei wählen darf, dazu fehlt endlich bei uns in Schwaben eine Rednerbühne; deshalb mußte über den Schnitzer'schen Antrag zur Tagesordnung übergegangen werden, und es verbleibt der Gallerie auch künftig das Vergnügen, in dem Saale der Abgeordneten allerlei seltsame juristische, theologische, mathematische, physikalische, medicinische Colloquien mitanzuhören zu dürfen.

Hamburg, 20. Febr. Der aus 11 Mitgliedern bestehende und in der 9. Sitzung unserer constituirenden Versammlung vom 6. Januar erwählte Ausschuss für die Grundrechte und die Grundbestimmungen der Verfassung hat seinen ersten Bericht eingeleistet. Die gesetzgebende Gewalt wird von der Bürgerschaft ausgeübt, die zu drei Vierteln aus directer Wahl hervorgeht, während der übrige Teil aus Mitgliedern verschiedener Verwaltungszweige besteht. Die executive Gewalt steht dem Rathe zu, der aus 16 Mitgliedern besteht, die auf sechs Jahre gewählt werden.

Frankreich.

Paris, 22. Febr. Die Nationalversammlung setzte in ihrer heutigen Sitzung die Berathung des Wahlgesetzes fort, im Verlaufe welcher die Incompatibilitätsfrage zu einer heftigen Debatte Anlaß gab. Nach längerer Discussion wurde beschlossen, daß Beamte zur Wahlcandidatur nicht zugelassen werden können. Zum Schluß der Sitzung wurde ein Gesegentwurf, die Ausbaurung des Louvre betreffend, eingebracht. Es sollen nach demselben die Kosten dieser großen Arbeiten durch den Verkauf der Staatsgüter und der früheren Civilisten gedeckt werden. Die Vorlage des Entwurfs wurde mit einstimmigem Beifall aufgenommen.

In den Departementen fängt es wieder an zu gähren. Gestern meldeten die Blätter von Unruhen in Niort, heute wird von unruhigen Auftritten in Lyon berichtet. Dieselben scheinen jedoch durchaus nicht ernstlicher Natur zu sein. Die seiner Zeit bei den Unruhen in Montpellier betheiligte Gewesenen sind freigesprochen worden.

Der „Moniteur“ wird dieser Tage die neuen Ernennungen verkündigen, welche der Minister des Auswärtigen in unserer Diplomatie vorgenommen hat. H. v. Montessuy, früher Geschäftsträger in Neapel, ist zum Gesandten in Hannover ernannt. Hr. v. Harcourt, früher Gesandtschaftssecretär zu Bern, wird in Madrid als erster Gesandtschaftssecretär die Stelle eines Geschäftsträgers versehen, da Napoleon Bonaparte bei seinem Entschlusse beharrt, Paris während der bevorstehenden Wahlen nicht zu verlassen. Hr. Nothan geht als Gesandtschaftssecretär nach Frankfurt, und Hr. Sampaya, bisher der politischen Abtheilung des Ministeriums des Auswärtigen beigegeben, in gleicher Eigenschaft nach Stuttgart.

Großbritannien.

London, 21. Febr. Der österreichische Bevollmächtigte zu dem Brüsseler Congress, Graf Colloredo, ist hier angekommen und in Mivarts Hotel abgestiegen.

Im Oberhause wurde gestern die vom Unterhause angenommene Bill wegen fernerer Suspension der Habeas-Corpus-Akte in Irland zum erstenmale verlesen.

Im Unterhause beantragte Hr. Baillie die Niederlegung eines Comité's, welches über die in den Kroncolonien von Ceylon und dem britischen Guiana laut gewordenen Beschwerden Untersuchungen anstellen und darüber berichten solle, ob Maßregeln zur besseren Verwaltung jener Colonien ergriffen werden könnten. Dieser Antrag ward in etwas abgeänderter Form genehmigt.

Nachricht.

Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser haben vergangene Nacht ruhig geschlafen, der Husten war sehr selten. Der hohe Patient fühlt sich heute am wohlsten. Nachdem das Fieber gänzlich und der Husten fast beseitigt ist, so ist die frohe Aussicht, daß die noch sehr bedeutende Schwäche allmählig schwinden und Se. kaiserl. Hoheit zur vollkommenen Gesundheit zurückkehren wird. Es wird kein Bulletin mehr ausgegeben.

Frankfurt, den 25. Februar 1849.

Dr. Taubes, kaiserlicher Rath.

Wien, 20. Febr. Das 24. Armeebulletin berichtet von den erfolgreichen Gefechten des General Puchner gegen Bem. Letzterer ist diesem Bulletin zufolge von Stolzzenburg und Salzburg durch wiederholte Angriffe bis gegen Deva zurückgedrängt worden. In einem Gefecht bei Salzburg haben diesem Bulletin zufolge die Insurgenten 700, die kaiserlichen dagegen nur 70 Tode auf dem Schlachtfeld gelassen.

Berlin, 24. Febr. Der „Staatsanz.“ meldet amtlich die Ernennung des Grafen v. Arnim zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Oberfinanzrathes v. Rabe zum Finanzminister.

Köln, 23. Febr. Der Redacteur der „N. Bonner Zeitung“, Prof. Gottfried Kinkel, ist heute von der wider ihn erhobenen, vor acht Tagen verhandelten Anklage, durch eine Rede die Bürger zum Widerstande der mit Eintreibung der Steuern beauftragten Beamten aufgereizt zu haben, freigesprochen worden, und zwar aus dem Grunde, weil in jener Rede keine directe Aufforderung enthalten sei.

Die „Neue Münchener Zeitung“ widerspricht mit Bestimmtheit der von der Parlements-correspondenz gemachten Angabe, Bayern habe in Berlin mit dem Austritte aus dem Zollverein gebroht. Mehrere Briefe aus München versichern, die Reconstitution des Ministeriums unter Heing habe sich wieder zerschlagen; diese Nachricht soll sich auf eine bestimmte Erklärung, welche einer der Hauptbetheiligten in vertraulicher Weise abgegeben, stützen. Heing soll das Portefeuille des Innern nicht angenommen haben. — Die Bergwerke Rosenbergs bei Kronach wird in Vertheidigungszustand gesetzt. (D. const. 3.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 24. Febr. Die Stimmung der heutigen Börse war lustlos, es fehlte an Käufern und größtentheils blieben sämtliche Fondsgattungen bei schwachem Geschäftsverkehre niedriger im Cours als gestern. 5pEt. Metall. feststen sich 74 1/2 pEt., 2 1/2 pEt. do. 39 3/8 pEt., Wiener Bankactien 1190 fl., 500 fl. Loose 126 1/2 pEt., 250 fl. Loose 79 1/2 pEt., Kurbest. 40 Rthlr. Loose 27 3/8 Rthlr., Badische 35 fl. Loose 28 1/2 fl. G., do. 50 fl. Loose 49 1/4 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 1/2 fl., ditto 50 fl. Loose 70 3/8 fl., Nassauische 25 fl. Loose 20 1/2 fl., Poln. 500 fl. Loose 75 Rthlr. Süddeutsche, ebenso belgische Obligationen milder begehrt, Holländ. 2 1/2 pEt. Integralen auch flauer, 50 pEt. Bon Eisenbahnen Friedrich-Wilhelms-Nordbahn wegen ihres Rückgangs zu Berlin stark angeboten, und bleibt benannte Bahn 1/2 Rthlr. niedriger im Cours als gestern, 36 1/2 Rthlr., Berbad 74 1/2 pEt., Köln-Minden 3/4 Rthlr. niedriger, 79 pEt., Tannus 287 fl. für 3pEt. inländ. Span. waren heute auch Verkäufer am Markt, so wie es schon zur Realisation bevorstehender Abrechnung für Monat Februar; benannte Fonds schließen 22 3/8 à 1/2 pEt.

Wien, 20. Febr. 5pEt. Metall. 84. — 4pEt. 67. — 3pEt. — — — 2 1/2 pEt. 44 1/2. — Bankactien 1112. — 500 fl. Loose 144. — 250 fl. Loose 89. — Nordbahnactien 99. — Gloggnitzer 96. — Mailänder 64.

Niederere Pariser Course und einige unbestimmte Gerüchte über Italien drückten an heutiger Börse die Fonds sowohl wie Eisenbahnen im Cours; besonders waren Italienische ausgetoben.

Berlin, 23. Febr. Staats-Schuldscheine 80 bez. u. G, Ser-handlungs-Schuldscheine 98 3/4 bez. u. Br., Bankactien 88 1/2 bez. u. Br. (ohne Div.), Berlin-Hamburg 53 u. etw. 51 verkauft, Köln-Minden 78 1/8 u. 1/2 bez., Friedrich-Wilhelms-Nordb. 36 3/8 bis 5/8 bez., Thüringische 50 Br., Russische 4pEt. bei Stieglitz 37 Br., Poln. 500 fl. Loose 74 1/2 Br., do. 300 fl. Loose 100 bez., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 16 1/2 bez.

Die floue Tendenz hielt auch heute an, und mehrere Fonds sowie Eisenbahn-Actien wurden bei sehr beschränktem Geschäft ferner billiger verkauft.

London, 21. Febr. 3pEt. Stacks 93 3/8. — 5pEt. Span. 17 1/8. — Neue 3pEt. 29 3/8. — 4pEt. Port. — — — 2 1/2 pEt. Holländ. 50 3/8.

Madrid, 16. Febr. 3pEt. 21 1/8 compt., n. d. B. 21 1/8, 12 1/8 G. — 5pEt. 10 1/2.

Amsterdam, 22. Febr. 4 Uhr. 2 1/2 pEt. Integr. 49 3/8, 5/8. — 3pEt. Schuld 58 3/8, 1/2. — 4pEt. do. 78. — 5pEt. Arb. £. 510-Stücke 11 1/2, 1/8, 3/8. — 3pEt. inl. à 6000 fl. 22 3/8, 5/8. — Coupons 8 9/16, 9. — 4pEt. Russ. bei Pope 82 1/2. — do. bei Stieglitz 82. — 5pEt. Metall. 71 1/8, 72 1/8. — 2 1/2 pEt. do. 38 1/2.

Einige fortgesetzte Verkaufscommissionen, die heute in Integralen zur Ausführung kamen, drückten benannte sowohl wie alle andere Holländ. Fonds im Cours. Span. und franz. Effecten blieben ebenfalls milder fest, in den übrigen Papieren war wenig Handel und Variation.

Paris, 22. Febr. Stand der Rente: 5pEt. 82. 25. — 3pEt. 50. 70. — Innere Schuld 22 1/2 G. — Bankactien 2125. — St. Germain-Eisenbahn 425. — Versailles, rechtes Ufer 180. — Links Ufer 160. — Paris-Orleans 812. 50. — Paris-Rouen 530. — Orleans-Bordeaux 422. 50. — Orleans-Bierzon 370. — Rouen-Savre 345. — Marseille-Avignon 187. 50. — Straßburg-Basel 95. — Nordbahn 461. 25. — Paris-Straßburg 368. 75. — Römische Anlehen 66.

Die Börse war heute sehr lebhaft; die Preise weit besser als gestern.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. S. Malten.